**POSITIONSPAPIER zur Politischen Bildung an Österreichs Schulen**

*Politische Bildung an Österreichs Schulen muss verbessert werden*

An österreichischen Schulen ist Politische Bildung als Unterrichtsprinzip aller Fächer, als Teil eines Faches „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ an den allgemeinbildenden Schulen sowie als Teil eines Faches (etwa mit Recht, Wirtschaft oder Geschichte) an den berufsbildenden Schulen vertreten. An den Berufsschulen existiert ein eigenständiges Fach Politische Bildung.

In allen Bereichen gibt es große Defizite:

* Das Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ ist eines von zehn Unterrichtsprinzipien und hat schon deshalb einen nur geringen Wirkungsgrad in der Praxis. Zudem gibt es keine ausreichende Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für diese Aufgabe.
* Trotz mehrerer Anläufe in dieser Hinsicht in der österreichischen Schulgeschichte ist es bislang, mit Ausnahme der Berufsschule, nicht zur Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches für Politische Bildung an allen Schulen gekommen. Ausbildung und Praxis der genannten Kombinationsfächer sind in den allgemeinbildenden Schulen stark von anderen fachlichen, insbesondere von historischen Perspektiven gekennzeichnet; in den berufsbildenden Schulen ist oftmals noch eine stark rechts- und institutionenkundliche Ausrichtung des Faches prägend. Frühes politische Lernen muss auch in der Ausbildung der VolksschullehrerInnen stärker mitbedacht werden. Zudem müssen die sozialwissenschaftlichen Disziplinen Politikwissenschaft und Soziologie sowie die Didaktik der Politischen Bildung in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden.

Unter diesen Umständen sind Qualitätsmängel in der schulischen Politischen Bildung unvermeidlich. Für die Politische Bildung gilt das Gleiche wie für andere Fachgebiete auch: Ohne Lehrerinnen und Lehrer, die fachlich hervorragend, und das heißt unter Bezug auf die fachlich zuständigen Wissenschaften, ausgebildet sind, und ohne ausreichende Berücksichtigung in den Stundentafeln kann ein anspruchsvoller Unterricht, der modernen Qualitätsansprüchen genügt, nicht stattfinden.

*Politische Bildung braucht fachkompetent ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer*

Zwar gibt es in Österreich Lehrerinnen und Lehrer, die sich mit großem Engagement für Politische Bildung einsetzen und innovative und erfolgreiche Lernvorhaben in ihren Schulen verwirklichen. Aber auf Dauer können Engagement und Eigeninitiative Einzelner Strukturmängel im Bildungssystem nicht ausgleichen. Es ist daher dringend notwendig, innovative Konzepte für eine professionelle Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern in der Politischen Bildung zu entwickeln und umgehend umzusetzen. In der Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarstufenbereich muss sichergestellt werden, dass kontinuierlich durch das ganze Studium hindurch eigenständige Lehrveranstaltungen im Bereich der Politischen Bildung verbindlich zu absolvieren sind. Dies gilt insbesondere, solange es kein eigenständiges Unterrichtsfach Politische Bildung mit eigenem Lehramtsstudium gibt. Die Universitäten, die Pädagogischen Hochschulen und die zuständigen Ministerien sind aufgefordert, durch eine entsprechende Neugestaltung der Studienprogramme und durch neue Fortbildungsangebote eine Qualitätsoffensive in der Politischen Bildung zu starten. Diese Fortbildungsangebote müssten von Seiten des Bildungsministeriums unterstützt und bei Lehrerinnen und Lehrern beworben werden.

*Politische Bildung – Fachgebiet und Unterrichtsprinzip*

Fachliche Qualität in der Politischen Bildung setzt voraus, dass das Fachgebiet in der Schule deutlich sichtbar sowie in Lehrplänen und Stundentafeln ausreichend vertreten ist. Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

* Politische Bildung und Demokratiebildung sollte in allen Bildungseinrichtungen verpflichtend vorgesehen sein. Frühes politisches Lernen und aktive demokratische Beteiligung ab der Volksschule fördern das selbstständige Denken und das soziale Verständnis der Kinder und tragen so zu einer demokratischen Kultur bei. Österreich hat mit der Wahlalterssenkung auf 16 Jahre eine Pionierrolle in Europa übernommen und damit eine umso größere Verantwortung für die Politische Bildung der jüngsten BürgerInnen. Dazu gehören, neben einer aktiven demokratischen Miteinbeziehung der Kinder in die Unterrichtsgestaltung, auch das Fördern und Üben von gemeinsamen Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozessen, das Erlernen des politischen Urteilens und das Erlernen eines solidarischen Miteinanders. In den Volksschulen muss Politische Bildung im Rahmen des Sachunterrichts ausdrücklich als Teilbereich des Faches ausgewiesen, klarer profiliert und in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zuverlässig und deutlich stärker als bisher verankert werden.
* In den allgemeinbildenden Schulen muss im Kombinationsfach mit Geschichte der Status der Politischen Bildung aufgewertet werden. Um den Unterricht von Politischer Bildung von seinem Schattendasein zu befreien, ist unser Ziel die Einrichtung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ in allen Schulformen der Sekundarstufen. Der Unterrichtsgegenstand „Politische Bildung“ soll politische Teilhabe, Grund- und Freiheitsrechte und unsere demokratische Kultur erfahrbar machen, um über diese Erfahrung das Politikbewusstsein der Schülerinnen und Schüler zu bilden. Dazu gehört auch die Etablierung eigenständiger Lehramtsstudiengänge, die zur Lehrbefähigung in Politischer Bildung führen. Dies soll dazu führen, dass die zukünftigen Lehrkräfte für Politische Bildung auch Hauptverantwortliche für die Umsetzung von Demokratiebildung an Schulen sind. Die Definition der konkreten Ziele für die fachbezogenen Aufgaben der Politischen Bildung in Form von Kompetenzen wird begrüßt; das derzeit bestehende österreichische Kompetenzmodell für die Politische Bildung sollte mit Hilfe von Fortbildungen praxiswirksam gemacht werden.
* Trotz dieser Notwendigkeit der fachlichen Professionalisierung besteht aus sachlichen Gründen in der Politischen Bildung auch die Notwendigkeit der fächerübergreifenden Kooperation. Die Umsetzung kann dabei je nach Schultyp unterschiedlich sein. Hier können auch die Spielräume der Schulautonomie genützt werden.
* Das Lehrangebot der Universitäten und der Pädagogischen Hochschulen im Bereich der Politischen Bildung muss ausgebaut und erweitert werden. Denn nur Lehrerinnen und Lehrer, die sich in ihrer Ausbildung ausreichend mit Politischer Bildung auseinandergesetzt haben, werden zu einem höheren Prozentsatz diese Inhalte auch in ihrem späteren Unterricht verstärkt umsetzen. Neben der Schaffung eines eigenen Lehramtsstudiengangs Politische Bildung ist es daher auch notwendig, dass allen Lehrerinnen und Lehrern die zentralen Grundlagen für Politische Bildung vermittelt werden.